

04.03.2022

Herausgeber: DPoIG-Bundesleitung

Friedrichstraße 169
10117 Berlin
Telefon (030) 40 81 65 50

dpolg@dbb.de
www.dpolg.de
V.i.S.d.P.: Rainer Wendt

Flüchtende aus der Ukraine

DPoIG begrüßt Hilfsbereitschaft – Kontrollverzicht darf aber nicht Prinzip werden

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) begrüßt die große Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtenden, die derzeit aus der Ukraine nach Polen, nach Deutschland und in viele andere EU-Länder kommen und Unterstützung erfahren. DPoIG Bundesvorsitzender **Rainer Wendt**: „Der schlimme Krieg in der Ukraine, der viel Leid über die Zivilbevölkerung bringt, macht uns alle betroffen. Deshalb ist Hilfe das Gebot der Stunde. Niemand denkt daran Menschen abzuweisen, die über die Grenze jetzt nach Polen und dann weiter nach Deutschland einreisen. Nur nimmt die Hilfsbereitschaft Schaden, wenn wir nicht wissen, wer zu uns kommt.“

Der Gesetzgeber hat spezifische Verfahren für sichtvermerkpflichtige Drittstaatler vorgesehen. Wenn die Bundespolizei stichprobenartig Flüchtende aus der Ukraine, die keinen ukrainischen Pass besitzen, kontrolliert, ist das rechtmäßig. „Unserer Bundespolizei Rassismus zu unterstellen, wie das manche in den letzten Tagen leider taten, ist schäbig, bössartig und abgrundtief dumm! Ohne ihre Arbeit ist Deutschland auf dem Weg in den absoluten Kontrollverlust. Bestehende Gesetze dürfen nicht einfach ignoriert werden.“

Der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und stellvertretende DPoIG Bundesvorsitzende **Heiko Teggatz** fordert eine schnelle Notifizierung der Grenze zu Polen und zu Tschechien. Das würde bedeuten, dass von EU-Seite genehmigt, regulär Grenzkontrollen von der Bundespolizei vorgenommen werden können und nicht nur stichprobenhaft. **Teggatz**: „Das würde bei ankommenden Flüchtlingen an der Grenze die Abfertigung, die Registrierung und die Überprüfung deutlich beschleunigen. Derzeit werden von der Bundespolizei höchstens 60 Prozent der Flüchtlinge, die von Polen nach Deutschland kommen, kontrolliert.“